

Ostdeutsche Bau-Zeitung

Verlag Paul Steinke s s s s s
Breslau I, Caschenstr. 9. — Fernspr. 3775.

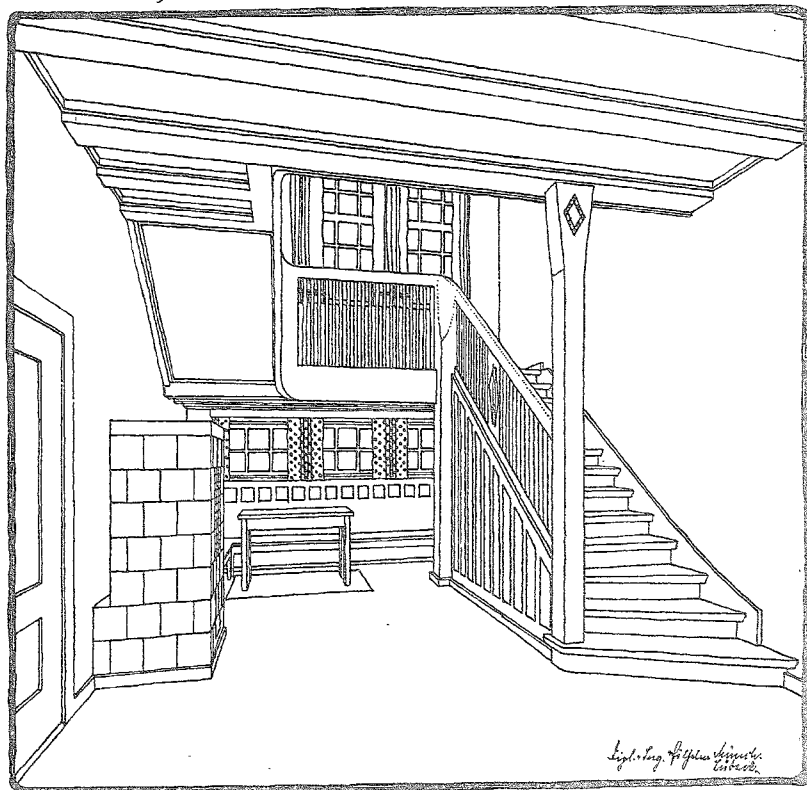
Erscheint jeden Mittwoch u. Sonnabend.
Bezugspreis Ausg. A viertelj. 3,00 M.

Schriftleitung: Prof. Just, Architekt, s
Breslau. s s s s s

Alle Sendungen sind nicht an Personen, sondern nur an die „Ostdeutsche Bau-Zeitung“, Breslau I, zu richten.

Inhalt: Diele in einem Einfamilienhause. — Unsere Dorfkirchen. — Deutscher Arbeitgeberbund für das Baugewerbe. — Evangelische Kirche. — Verschiedenes.

Diele in einem Einfamilienhause.

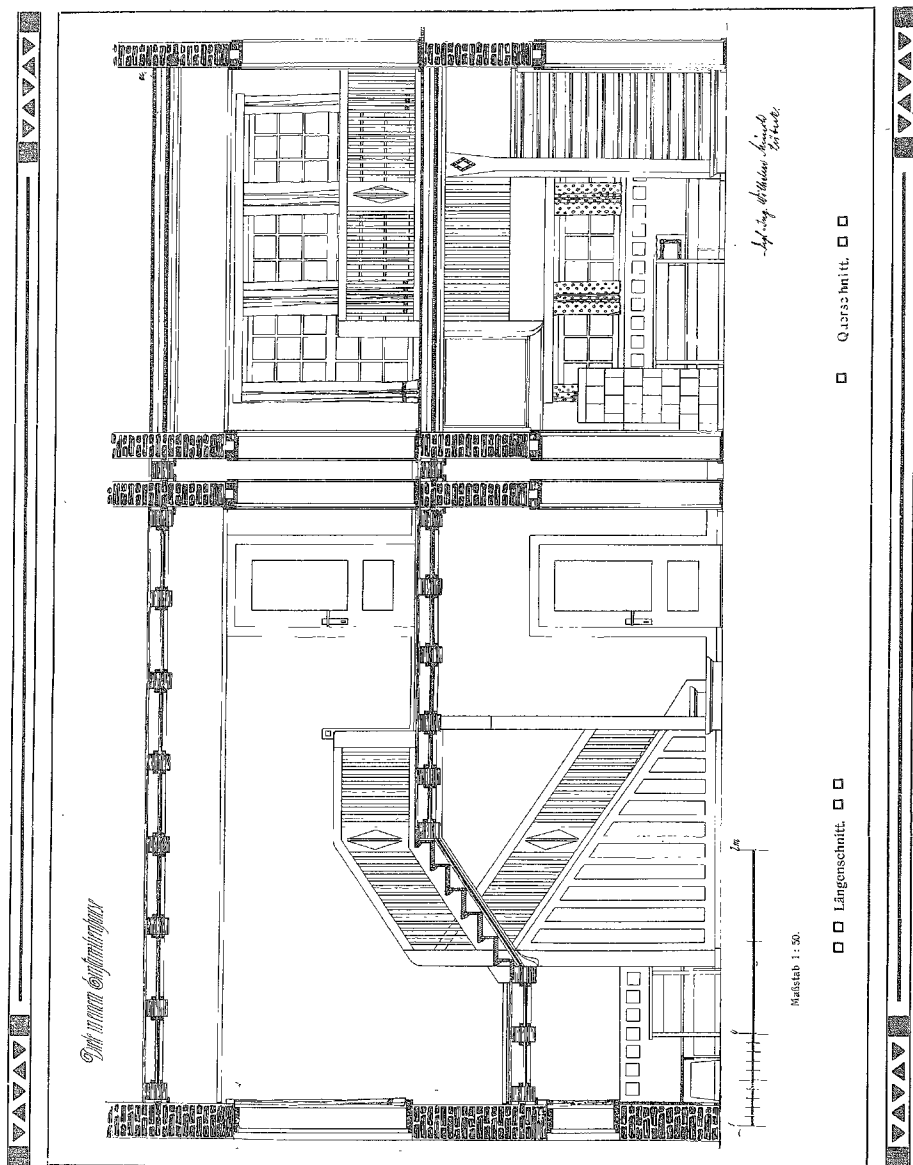


Diele in einem Einfamilienhause. Von Dipl.-Ing. Wilhelm Münch.

(Mit Abbildungen auf drei Seiten.)

Der Raum unter dem Treppenabsatz in Dielen eignet sich vielfach ganz besonders zur Ausbildung von Sitzplätzen. — In dem vorliegenden Entwurfe ist von vornherein eine Bildung eines Sitzplatzes geplant worden, wodurch Form und Lage der Treppenläufe mehr oder weniger bestimmt waren. Dem Umstande, daß in der bau-

fachlichen Bücherei sich verhältnismäßig wenig Darstellungen von guten, für die Verwendung brauchbare Treppenausführungen vorfinden, verdankt das Blatt mit den Einzelheiten seinen Ursprung. Die beigezeichneten Erläuterungen werden zum leichteren Verständnis der baulichen Ausführungsweise beitragen.



Unsere Dorfkirchen.

DBK. Wir haben in deutschen Landen Kleinodien der Baukunst, die viele von uns nicht kennen und haben sie doch jahraus, jahrein vor Augen. Ich meine unsere lieber, alten, köstlichen Dorfkirchen. — Wie, die alten, einfachen Kirchen ohne Schmuck, ohne einen geschichtlichen Stil, die nicht gotisch, nicht romanisch sind, sollen Kleinodien sein? Ja, und gerade weil sie so einfach sind, ohne Schmuck und Zier, weil

sie weder gotisch noch romanisch sein wollen, darum sind sie so köstlich für den, der Auge und Herz der schlichten Schönheit öffnet.

Ich will nicht den geschichtlichen Stiltarten ihre Schönheit absprechen. O nein! Alle romanischen und gotischen Kirchen, die in der Zeit erbaut wurden, als diese Baustile entstanden und sich auswuchsen, reden eine gewaltige, Herz und Gemüt ergreifende Sprache zu uns. Aber verachtet um der gewaltigen Dome willen nicht unsere lieben Dorfkirchen. Sie

nüchtern, sachlicher sein, als die Werke früherer Zeiten. Wollen wir aber in der Weise der Alten bauen, so wirken unsere Bauwerke tot und kalt. Die Formen bilden wir nach, ängstlich genau, aber es fehlt das ursprüngliche Leben. Die Alten haben sich auch nicht sklavisch an ein Muster gehalten, sondern sie haben frei geschaltet mit den in ihrer Zeit gebräuchlichen Bauformen, die ein Ausfluß ihres inneren Lebens und Empfindens waren.

Wurde aber in irgend einem Dörflein eine Kirche gebaut, so schufen die einheimischen Bauleute aus der landesüblichen Bauweise heraus das Gotteshaus und hielten sich ihre Vorbilder nicht aus einer längstvergangenen Zeit oder aus einer fremden Gegend. So sind die wunderlieblichen Kirchen entstanden, ein Schmuck der Landschaft, weil sie in die Landschaft passen.

Ich wollte, ich könnte den Lesern all die lieben Kirchen in Bildern vorführen! Aber wer ein Gefühl für schlechte Schönheit hat, wird schon von selbst auf sie achten und sich an ihnen freuen. Wer kein Verständnis dafür hat und auch keins gewinnen will, dem ist auch durch Bilder nicht zu helfen. Dem geht aber eine Fülle edelster und feinsten Genüsse verloren. Solch ein Mensch wird auch ferner ruhig zusehen, wenn die schlechte Schönheit unserer Kirchen erbarmungslos zerstört wird, wie es leider so oft geschieht. Da sieht man z. B. Fachwerkkirchen, die inwendig ausgemalt sind, als wären sie aus mächtigen Sandsteinblöcken erbaut, und als wären die Wände unten herum bis zu 1 m Höhe mit Teppichen behangen. Ja, das „nach etwas aussehen sollen“, die läugerische Protzerei, das ist der Fluch unserer Kultur.

Die Lüge scheut sich selbst nicht vor dem Altare, oder sind künstliche Blumen aus Papier, Blech und Draht keine Lügen? Ich sage, es sind zu Körpern gewordene Lügen! Aber wie oft findet man sie noch auf den Altären, wo wir doch nur in die volle blühende, gründer, duftende Natur hineinzu-greifen brauchen. Jeden Sonntag ein frischer Strauß auf dem Altar, im Winter ein grüner Tannen- oder Stechpalmenzweig, wie lieblich und schön! Wenn das aber zu mühsam ist, der lasse alle Blumenschmuck weg. Schmuck ist nicht nötig, auch nicht im Gotteshaus, aber Wahrheit ist nötig, vor allem im Gotteshaus. Können wir die großen Fehler an unseren Kirchen nicht ändern, so laßt uns die kleinen wenigstens beseitigen.

L. Brüngrer.

Zur gefl. Beachtung!

Die „Ostdeutsche Bau-Zeitung“ ist bestrebt, vornehmlich solche Bauten zu veröffentlichen, die im Osten Deutschlands zur Ausführung gelangt sind und wäre hierzu ein

größeres Angebot

von Zeichnungen und Photographien solcher Bauten erwünscht. Vergütung nach Vereinbarung. Sämtliche Unterlagen werden nach Herstellung der Druckplatten unversehrt zurückgegeben.

Deutscher Arbeitgeberbund für das Baugewerbe.

Der Vorstand des „Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe in Berlin, hat folgendes Rundschreiben an die Vorstände der Landes- und Bezirks-, sowie Einzelverbände im Deutschen Arbeitgeberbunde für das Baugewerbe erlassen:

„In Verfolg unseres Schreibens vom 19. März d. J., den Stand der Frage bezüglich des Abschlusses neuer Tarifverträge usw. betreffend, beehren wir uns ergebenst mitzuteilen, daß die am 25. und 26. März im hiesigen Gewerbegericht stattgefundene zuglose Aussprache zwischen den Zentralvorständen der beteiligten Organisationen durch beiderseitiges Entgegenkommen zur Einigung über das Vertragsmuster geführt hat.

Hieraus ergibt sich, daß eine allgemeine Aussperrung zum 1. April unter keinen Umständen stattfindet. Es ist vereinbart worden, daß in allen Orten, in denen über den Abschluß neuer Tarifverträge, gleichgültig, ob mit oder ohne Erfolg verhandelt worden ist, die Verhandlungen auf der Basis des jetzt vereinbarten Vertragsmusters schleunigst von neuem wieder aufgenommen werden. Die Verhandlungen über die neuen Verträge sind bis zum 18. April dieses Jahres zum Abschluß zu bringen und bis zum 22. April den Zentralvorständen zur Genehmigung einzureichen. Auch diejenigen Verträge, über welche eine Einigung nicht erzielt werden kann, sind bis zum 22. nächsten Monats einzureichen, damit die bestehenden Differenzen durch die beteiligten Zentralvorstände unter Hinzuziehung der örtlichen Organisationen rechtzeitig behoben werden können.

Gleichzeitig mit den jetzt ablaufenden Verträgen soll auch für die über den 1. April d. J. hinausgehenden Verträge, soweit sie bereits gekündigt oder zum Zweck der Erneuerung vorgelegt sind, eine Einigung bis zum 1. Mai herbeigeführt werden.

Für den Abschluß der sonstigen nach dem 1. April ablaufenden Verträge soll das neue Vertragsmuster gleichfalls als Grundlage dienen, jedoch ist für diese ein Endtermin noch nicht vereinbart worden.

Nachdem es also zur grundsätzlichen Vereinbarung über das Vertragsmuster gekommen ist, scheiden bei den aufzunehmenden örtlichen Verhandlungen von vornherein viele strittige Punkte aus, denn alle im Vertragsmuster enthaltenen Festsetzungen und Bestimmungen sind für die Vertragsschließenden unabänderlich; auch hinsichtlich der Dauer der Arbeitszeit können Differenzen nicht entstehen, weil die Zentralvorstände der Gewerkschaften sich mit unserer über diese Frage abgegebenen Erklärung einverstanden erklärt haben. Es können bei den Verhandlungen über die neuen Verträge mithin nur Fragen lokaler Art in Betracht kommen, und im Hinblick hierauf bitten wir die verehrlichen Vorstände im Interesse der Allgemeinheit dringend, das Zustandekommen der Verträge, soweit es an ihnen liegt, mit allen Kräften zu fördern und nicht durch Versteifung auf kleinliche untergeordnete Forderungen lokaler Natur in Frage zu stellen.

Wir dürfen durchaus überzeugt sein, daß es die ehrliche Absicht der gewerkschaftlichen Zentralvorstände ist, in der gleichen Richtung ihr möglichstes zu tun, um überall bei den lokalen Verhandlungen eine Einigung zu erzielen.

Zu dem Vertragsmuster bemerken wir noch, daß die demselben angefügten protokollarischen Erklärungen als integrierender Teil des Musters anzusehen sind und dazu dienen sollen, etwaige Zweifel über die Auslegung einzelner Vertragsbestimmungen zu beseitigen. Sie haben dieselbe Rechtswirksamkeit, wie die Bestimmungen des Vertragsmusters selbst.

Da nun die Erteilung von weiteren Direktiven zur Sache, wie sie ursprünglich durch eine Vorstandssitzung in Aussicht genommen war, nach unserer hier vorausgegangenen Ausführung und nach den dem Vertragsmuster beigegebenen protokollarischen Erklärungen nicht mehr notwendig ist, sehen wir auch davon ab, den Vorstand zurzeit einzuberufen.

Der Vorstand des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe.

Bernh. Felisch. R. Vahl. Otto Enke.
Das neue Vertragsformular lautet:

Vertrag.

Zwischen
und
ist dieser Tarifvertrag abgeschlossen worden.

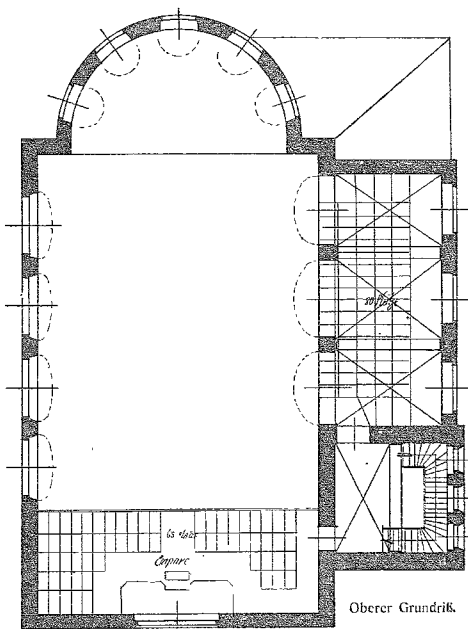
§ 1. Geltungsbereich des Vertrages.

Der Vertrag gilt für alle Arbeitsstätten an folgenden Orten:

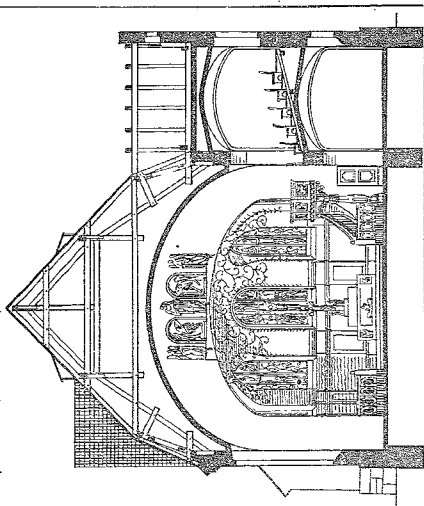
Eine Abänderung des Geltungsbereiches dieses Vertrages kann nur unter beiderseitigem Einverständnis stattfinden.

§ 2. Arbeitszeit.

Die normale Arbeitszeit beträgt Stunden und wird in Berücksichtigung der Witterungs- und Lichtverhältnisse wie folgt geregelt



Oberer Grundriß.



Querschnitt.

□ = □ Maßstab 1 : 200 □ = □

Unterer Grundriß.

Evangelische Kirche. (482 Plätze.)

Architekten Straßburg u. Schlicht - B. D. A. - in Breslau.
(Hierzu eine Sonderbeilage.)

Die Kirche in zwei Grundrissen, Schnitt und Schaubild dargestellte Kirche wird in der Gegend von Forst i. L. erbaut. Das einfache, 12,50 m breite Schiff ist mit einer Tonne überdeckt und weist 322 Sitzplätze auf. Weitere 160 Sitze enthält das einseitig angebaute, zweigeschossige Seitenschiff, das in drei Jochen mit Kreuzkappen überwölbt ist und sich mit drei flachen Bögen auf Pfeiler und Säulen gegen das Hauptschiff öffnet. Die Orgelbühne erhält 63 Plätze. Unter der letzteren liegt in der Mitte des Westgiebels der Haupteingang und neben diesem die Taufkapelle, die nach dem Schiff zu geöffnet bleibt. Der Altarraum zeigt halbkreisförmigen Abschluß, überdeckt mit einer Nischenkuppel, die durch Tonnenstichkappen über den fünf Chorfenstern durchbrochen wird. Auch die vier seitlichen Fenster des Schiffs schneiden mit steigenden Tonnenkappen in das Hauptgewölbe. Neben Seitenschiff und Chor liegt das Zimmer des Geistlichen, die Sakristei.

Der Turm steht seitlich im Winkel zwischen Haupt- und Seitenschiff und enthält die Treppenanlage.

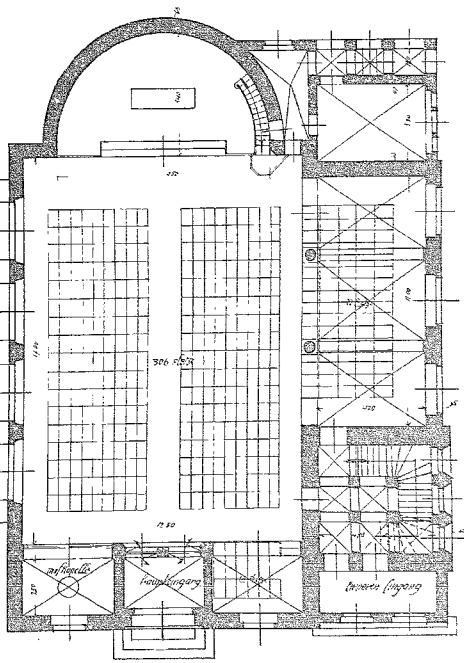
Für die Außenfläche ist Sandsteinbau vorgesehen (Steinlieferung von Peschke, früher Bunzlau), das Dach wird mit holländischen Plannen gedeckt.

Der Entwurf, dessen Grundriß eine durchaus zweckmäßige und geschlossene Anlage darstellt, zeigt sowohl im Aufbau wie in der Einzeldurchbildung einfache aber großzügige Formen, mit vornehmen Kunstempfinden der schlichten Oertlichkeit angemessen. Sehr verständigerweise ist hier auch sonst den Architekten große künstlerische Freiheit zu durchaus ihnen eigenartiger baukünstlerischer Durchbildung gewährt. So führt der Mitverfasser des Entwurfs Architekt Hans Schlicht selbst die Bildhauerarbeiten und den künstlerischen Teil der Innenmalereien aus, wie er ein gleiches „z. B. auch bei dem Weinzimmer und dem Kaffee der bekannten „Vier Jahreszeiten“ in Breslau getan hat.

Einzelne alte Grabplatten verwendet er als Einsätze im Sockel der Außenwände.

Alte Grabkreuze, die in der dortigen Gegend noch von besonderer Schönheit zu haben und sozusagen herrenlos sind, werden als Beschlagteile der Kirchentüren verwendet.

Die Kosten des Baues, einschließlich der gesamten Einrichtung, Orgel, Betsstuhl und Altar in reicher, schöner Ausführung, sind auf 96 400 M. veranschlagt.



§ 3. Überstunden.

Überstunden, sowie Nachtarbeit, Sonntagsarbeit und Arbeit an gesetzlichen Feiertagen sind in besonderen Fällen auf Verlangen des Arbeitgebers zu leisten und dürfen im wesentlichen nur gefordert werden, wenn durch deren Unterlassungen Menschenleben in Gefahr kommen, Verkehrsstörungen eintreten, wenn Schäden durch Naturereignisse zu verhindern oder zu beseitigen sind; ferner bei dringenden Reparatur- und Installationsarbeiten in Theatern, Fabriken und bei ähnlichen Arbeiten.

Als Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit und als Arbeit an gesetzlichen Feiertagen gelten:

§ 4. Arbeitslohn.

Der Stundenlohn beträgt für einen	
Maurergesellen	Pfennige
Zimmergesellen	"
Bauhilfsarbeiter	"

mit der Maßgabe, daß die Arbeiter zu einer angemessenen Gegenleistung und zur Ausführung der bisher ortsüblichen Arbeiten verpflichtet sind.

An Zuschlägen zu vorstehendem Lohn wird vereinbart:	
Für Überstunden	Pfennige
„ Nachtarbeit	"
„ Sonntagsarbeit und für Arbeiten an gesetzlichen Feiertagen	"

Für Gesellen die infolge Alters oder Invalidität in ihrer Leistungsfähigkeit beschränkt sind, für jugendliche Arbeiter, sowie für Junggesellen im ersten und zweiten Jahre nach beendeter dreijähriger Lehrzeit und bestandener Gesellenprüfung, kann ein geringerer Lohn durch freie Vereinbarung festgesetzt werden.

§ 5. Akkordarbeit.

Akkordarbeit ist zulässig; die Akkordpreise unterliegen besonderer Vereinbarung.

§ 6. Lohnzahlung.

Die Lohnzahlungsperiode umfaßt Tage (Wochen). Der Lohn wird nur für die wirklich geleistete Arbeitszeit bezahlt. Der Arbeiter kann für solche Zeiten keinen Lohn fordern, in denen er durch einen in seiner Person liegenden Grund an der Arbeit verhindert ist, auch wenn die Versäumnis entschuldbar und nicht von erheblicher Dauer ist (§ 616 B. G.-B.). Für diejenige Zeit, in welcher die Arbeit ruhen muß infolge Materialmangels, Witterungsverhältnisse, polizeilicher Anordnung, Sistierung des Baues durch den Bauherrn, Betriebsstörung der Materialförderungsanlagen oder partierlicher Streiks der auf den Arbeitsstätten beschäftigten Mitarbeiter, kann der Arbeiter ebenfalls keinen Lohn beanspruchen. In Orten, wo Kündigungsfristen vereinbart sind, kann bei Materialmangel das Arbeitsverhältnis von den Arbeitern ohne Einhaltung der Kündigungsfristen gelöst werden, sofern der Arbeitgeber sich nicht rechtzeitig zur Zahlung des Lohnes bereit erklärt hat.

Die Lohnzahlung findet am statt.

§ 7. Auflösung des Arbeitsverhältnisses.

§ 8. Schlichtung von Streitigkeiten.

Streitigkeiten aus diesem Vertrag sind durch eine Schlichtungskommission bestehend aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern, zu schlichten. Die beiderseitigen Vertragsschließenden wählen ihre Mitglieder.

Den Vorsitz in der Kommission führt ein Die Geschäftsordnungen der Schlichtungskommissionen werden durch die örtlichen vertragsschließenden Parteien festgelegt.

Kann die Schlichtungskommission den Streit nicht schlichten, so unterliegt die weitere Bearbeitung des Streitfalles, welche entgültig entscheidet.

Vor Beginn und während des Verfahrens sind Streiks, Aussperrungen oder ähnliche Maßnahmen unter keinen Umständen zulässig.

§ 9. Durchführung des Vertrages.

Die vertragsschließenden Parteien verpflichten sich, ihren ganzen Einfluß zur Durchführung und Aufrechterhaltung dieses Vertrages einzusetzen. Verstöße gegen den Vertrag oder Umgehungen desselben nachdrücklich zu bekämpfen, insbesondere keine im Widerspruch mit dem Vertrage ausbrechenden Aussperrungen, Streiks und Aussperrungen oder sonstige Maßnahmen irgendwie zu unterstützen.

§ 10. Allgemeines.

Das Zusammenarbeiten mit anders- oder nicht organisierten Arbeitern auf ein und derselben Arbeitsstelle darf nicht beanstandet werden.

Die Einstellung und Entlassung von Arbeitern steht im freien Ermessen des Arbeitgebers. Die Zugehörigkeit zu einer Organisation darf kein Grund zu einer Entlassung sein, ebenso wenig darf der Austritt aus einer Organisation vom Arbeitgeber verlangt werden.

Jegliche Agitation ist während der Arbeitszeit verboten. Pausen gelten nicht als Arbeitszeit. Anders- oder nichtorganisierte Arbeiter dürfen in den Pausen, vor und nach der Arbeitszeit auf der Arbeitsstelle nicht belästigt werden. Der Zutritt zu den Arbeitsstellen ist ändern als den dort beschäftigten Personen ohne Erlaubnis des Arbeitgebers nicht gestattet.

Arbeitsordnungen dürfen den Vertragsbestimmungen nicht zuwiderlaufen.

§ 11. Dauer des Vertrages.

Dieser Vertrag gilt vom bis vorbehaltlich der Genehmigung des Vorstandes des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe und der Zentralvorstände der vertragsschließenden Gewerkschaften. Eine Kündigung des Vertrages findet nicht statt. Vier Monate vor seinem Ablauf haben die Verhandlungen über Fortsetzung oder Erneuerung zu beginnen. Auch die Fortsetzung oder Erneuerung des Vertrages bedarf der Genehmigung des Vorstandes des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe und der Zentralvorstände der vertragsschließenden Gewerkschaften.

Protokollarische Erklärungen.

Zu § 1. Der Vertrag soll allgemeine Geltung haben für alle Arbeitsstellen des Vertragsgebietes. Die Vertragsparteien dürfen abweichende Bestimmungen nicht treffen.

Zu § 4. Den vertragsschließenden Parteien ist es freigestellt, für die einzelnen Orte festzulegen, was unter bisher ortsüblichen Arbeiten verstanden wird.

Zu § 10. Der Fall der Belästigung ist dann gegeben, wenn ein Arbeiter, nachdem er es sich verboten hat, weiter mit Organisationsangelegenheiten angesprochen wird.

Zu § 11. Die Genehmigung des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe zu den Verträgen kann nur erteilt werden, wenn über sämtliche, bis jetzt gekündigten oder neu vorgelegten Verträge bis zum 1. Mai 1908 Einigung erzielt ist und es auch in Berlin zu einem Vertrag bis zu diesem Termin gekommen ist. Die Zentralvorsitzenden erklären, daß sie nicht die Absicht haben, für den Abschluß der übrigen, nach dem 1. April 1908 ablaufenden Verträge andere Grundlagen zu nehmen. Die Zentralvorsitzenden werden für die Ausführung dieser Absicht eintreten.

Bei allen Vertragsverhandlungen ist als Endtermin der 31. März 1910 festzulegen. Durch die Festlegung dieser Vertragszeit soll die Frage einer Lohnerhöhung innerhalb der Vertragszeit nicht berührt werden.

Sonstiges.

1. Die Verträge sollen nur für Maurer-, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter geschlossen werden.

2. Das jetzt vereinbarte Vertragsmuster ist in seinem Wortlaut unabänderlich. Zusätze sind gestattet, sobald der Sinn der Vertragsbestimmungen nicht geändert wird.

3. Die Unterverbände des Arbeitgeberbundes sind allein hinsichtlich der Arbeitszeit und nur insoweit gebunden, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit unter 10 Stunden nicht gestattet ist; wo die Arbeitszeit bereits kürzer ist, darf sie nicht weiter verkürzt werden.

4. Der Arbeitgeberbund hat für seine Unterverbände keine Grundsätze aufgestellt, wonach Verschlechterungen in den Arbeitsbedingungen eintreten sollen.

5. Das Vertragsmuster und die zugehörigen protokollarischen Erklärungen sollen sofort gedruckt und den Unterverbänden zugestellt werden mit der Maßgabe, die Verhandlungen bis zum 18. April abzuschließen und die Verträge bis zum 22. April den Zentralvorständen zur Genehmigung einzureichen.

6. Zur Feststellung des Wortlautes des Vertragsmusters und der zugehörigen protokollarischen Erklärungen wird eine Kommission, bestehend aus den Herren Baumeister Vahl, Baumeister Fiedler, Baumeister Lüscher und Ingenieur Fellermeier, ferner aus den Herren Josef Becker, Fritz Schrader, Albert Töpfer und Fritz Pöplow, sowie endlich Herrn Vorsitzenden Magistratsrat von Schulz, Gerichtsrat Dr. Prenner, Beigeordneter Dr. Wiedfeldt eingesetzt.



Verschiedenes.

Behördliches, Parlamentarisches usw.

Sicherung der Bauforderungen. Die zur Beratung eingesetzte Reichstagskommission hat in zweiter Lesung folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Ein Bauwerbetreibender, der die Herstellung eines Neu-, Ersatz- oder Umbaus unternimmt, ist zur Führung eines Baubuchs verpflichtet. Aus dem Baubuch müssen sich ergeben: 1. die Personen, mit denen ein Werk-, Dienst- und Lieferungsvertrag abgeschlossen ist, die Art der diesen Personen übertragenen Arbeiten und die vereinbarte Vergütung, 2. die auf jede Forderung geleistete Zahlung und die Zeit dieser Zahlung, 3. die Höhe der zur Bestreitung der Baukosten ihm zugesicherten Mittel und die Person des Geldgebers und im Falle des § b, Abs. 3, Ziff. 1 Zweckbestimmung und Höhe derjenigen Beträge, die nicht zur Bestreitung der Baukosten gewährt werden, 4. die einzelnen in Anrechnung auf die unter Ziffer 3 genannten Mittel an den Buchführungspflichtigen oder für seine Rechnung geleisteten Zahlungen und die Zeit dieser Zahlungen, 5. Abtretung, Pfändungen oder sonstige Verfügung über diese Mittel, 6. die Beträge, die der Buchführungspflichtige in dem Bau aus diesen Mitteln entnommen hat. — Das Buch ist bis zum Ablauf von 5 Jahren von der Beendigung des letzt eingegangenen Baues an gerechnet aufzubewahren.

2. Werden Geldbeträge zum Zwecke der Bestreitung der Kosten eines Baues in der Weise gewährt, daß zur Sicherung der Ansprüche des Geldgebers eine Hypothek oder Grundschuld an dem zu bebauenden Grundstücke dient oder daß die Übertragung des Eigentums an dem Grundstück erst nach gänzlicher oder teilweise Herstellung des Baues erfolgen soll (Baugeld), so ist der Empfänger verpflichtet, das Baugeld zur Befriedigung solcher Personen, die von der Herstellung des Baues auf Grund eines Werk-, Dienst- oder Lieferungsvertrages beteiligt sind, zu verwenden. Jedoch ist eine anderweitige Verwendung des Baugeldes bis zu dem Betrage statthaft, in welchem der Empfänger aus anderen Mitteln Gläubiger der bezeichneten Art bereits befriedigt hat. Ist der Empfänger selbst an der Herstellung beteiligt, so darf er das Baugeld in Höhe der Hälfte des angemessenen Wertes der von ihm in dem Bau verwendeten Leistung, oder, wenn die Leistung in dem Bau von ihm noch nicht verwendet worden, der von ihm geleisteten Arbeit und der von ihm gemachten Auslagen für sich behalten. Als Geldbeträge, die zum Zweck der Bestreitung eines Baues gewährt werden, gelten insbesondere: 1. solche, deren Auszahlung ohne nähere Bestimmung des Zweckes der Verwendung nach Maßgabe des Fortschreitens des Baues erfolgen soll, 2. solche, die gegen eine als Baugeldhypothek bezeichnete Hypothek gewährt werden.

3. Bauwerbetreibende, welche ihre Zahlungen eingestellt haben oder über deren Vermögen das Konkursverfahren eröffnet worden ist, und deren Gläubiger zurzeit der Zahlungseinstellung oder Konkursöffnung benachteiligt worden sind, werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu 3000 Mark bestraft, wenn sie das vorgeschriebene Baubuch zu führen unterlassen oder es verheimlicht, vernichtet

oder so unordentlich geführt haben, daß es keine genügende Übersicht, insbesondere über die Verwendung der zur Bestreitung der Baukosten zugesicherten Mittel gewährt.

4. Baugeldempfänger, welche ihre Zahlungen eingestellt haben oder über deren Vermögen das Konkursverfahren eröffnet worden ist, und deren Gläubiger zurzeit der Zahlungseinstellung oder Konkursöffnung benachteiligt worden sind, werden mit Gefängnis nicht unter einem Monat bestraft, wenn sie vorsätzlich zum Nachteil der bezeichneten Gläubiger den Vorschriften des § b zuwidergehandelt haben. Sind mildernde Umstände vorhanden, so kann die Strafe bis auf einen Tag ermäßigt oder auf Geldstrafe bis zu 3000 Mark erkannt werden.

Rechtswesen.

(Nachdruck verboten.)

rd. Schadenersatzpflicht des Dachdeckmeisters. Ein Kirchendach sollte repariert werden, und der von der Kirchenbehörde mit der Arbeit betraute Dachdeckmeister sandte zur Ausführung des Auftrages einige erprobte Gehilfen. Diese sperrten den in Frage kommenden Platzteil vor der Kirche durch zwei mit undeutlichen Inschriften versehene Latten ab. Eine Frau, die mit ihrem Kinde diese Stelle passierte, beachtete das geringe Verkehrshindernis nicht, und so kam es, daß das Kind durch ein herabfallendes Schleierstück so schwer an der Nase verletzt wurde, daß eine Operation nötig wurde, die eine dauernde Entstellung des Gesichtes des Kindes zur Folge hatte. Der Vater, als Vertreter seines Kindes, strengte gegen den Dachdeckmeister eine Klage auf Ersatz der Kurkosten und des sonst dem Kinde entstehenden Schadens an. Der Beklagte wandte ein, ihn treffe kein Verschulden, denn er habe, der Vorschrift des § 831 B. G. B. entsprechend, tüchtige Leute zur Vornahme der Reparatur gesandt, die übrigens vollkommen ausreichende Absperrungsmaßregeln getroffen hätten. — Aber abgesehen davon, trage auch die Mutter ein Verschulden an dem Unfall, denn sie wäre verpflichtet gewesen, die Latten zu beachten, und die gefährdete Stelle mit dem Kinde nicht zu begehen. — Trotzdem gelangte das Oberlandesgericht Zweibrücken zu einer Verurteilung des beklagten Meisters. Allerdings müsse dem Beklagten zugegeben werden, daß er erprobte Gesellen mit der Vornahme der Reparatur betraute; aber das genügt nicht; denn gemäß § 831 B. G. B. war er ja weiterhin auch verpflichtet, die erforderlichen Gerätschaften in geeignetem Zustande bereit zu stellen, die geltenden Polizeivorschriften zu beachten und die Überwachung der ganzen Arbeit ordentlich auszuüben. Ganz besonders war es aber seine Pflicht, sich darüber zu vergegenwärtigen, welche einzelne Maßregeln zur Sicherung des öffentlichen Verkehrs notwendig wären — Maßnahmen, die er nicht ganz allein seinen Arbeitern überlassen durfte. Es muß auch als erwiesen angenommen werden, daß die von den Gehilfen aufgesperrten Absperrungslatten absolut unzulänglich waren, wie auch die fast unleserliche Inschrift nicht genüge. — Wenn der Beklagte behauptet, die Mutter des Kindes treffe ebenfalls ein Verschulden an dem Vorkommnis, so mag dies richtig sein, kann aber den Meister nicht entlasten, denn höchstens könnte die Mutter dem Beklagten als Schuldner mit Gesamtverbindlicher Haftung zur Seite treten, nicht aber kann ihr Verschulden demjenigen des Beklagten gegenübergestellt werden und letzterem bei der vorliegenden Klage zum Vorteil gereichen. (Entschd. des Oberlandesger. Zweibrücken v. 26. 11. 07.)

Bauwerk und Arbeiten an einem Grundstücke. In voller Übereinstimmung mit den früheren Landesgesetzen macht das B. G. B. in § 638 bei der Bemessung der Verjährungsfrist einen Unterschied zwischen Arbeiten an einem Grundstück und Bauwerken.

„Der Anspruch des Bestellers auf Beseitigung eines Mangels des Werkes sowie die wegen des Mangels dem Besteller zustehenden Ansprüche auf Wandlung, Minderung oder Schadenersatz verjähren, sofern nicht der Unternehmer den Mangel arglistig verschwiegen hat — bei Arbeiten an einem Grundstück in einem Jahre, bei Bauwerken in fünf Jahren. Die Verjährung beginnt mit der Abnahme des Werkes.“

Angesichts dieses, dem erwähnten § 638 entnommenen Textes entsteht nun die Frage, was als eine Arbeit an einem Grundstück und was als ein Bauwerk anzusehen sei, und

es leuchtet von selbst ein, daß die Beantwortung dieser Frage nicht bloß auf eine Wortklauberel oder Spitzfindigkeit hinausläuft, sondern von weittragender praktischer Bedeutung ist, da die Verjährung in dem einen Falle schon nach einem Jahre, in dem anderen aber erst nach fünf Jahren beendet ist. Nun hat sich früher die Rechtsprechung gelegentlich der Ansicht zugeneigt, daß von einem Bauwerke in dem hier in Rede stehenden Sinne nur dann gesprochen werden könne, wenn Gegenstand des Vertrages die Gesamtheit aller Arbeiten bei einem Baue war, während überall dort, wo es sich nur um die Ausführung einzelner Teile des Baues handelte, von Arbeiten an einem Grundstücke gesprochen werden müsse. Wenn beispielsweise — darauf läuft diese Entscheidung hinaus — der Bauherr, der ein Haus aufführen lassen will, die Maurerarbeiten dem einen, die Zimmerarbeiten dem andern, die Dachdeckerarbeiten dem dritten Unternehmer aufträgt, usw., so würden alle diese beteiligten Handwerker nur Arbeiten an einem Grundstücke bieten und sie könnten sich wegen etwaiger Ansprüche aus mangelhafter Beschaffenheit der von ihnen herrührenden Ausführungen schon nach einem Jahre auf den Einwand der Verjährung stützen. Würde aber der Bauherr alle die hier in Rede stehenden Arbeiten einem einzigen Unternehmer in General-Entreprise übergeben, so würde er mit ihm den Vertrag um ein Bauwerk schließen, da er von ihm die Leistung aller derjenigen Arbeiten zu beanspruchen hätte, die erforderlich sind, wenn ein solches Haus hergestellt werden soll. Hier würde die Verjährungsfrist fünf Jahre betragen. Würde sich nun aber dieser Generalunternehmer wieder mit einzelnen Bauhandwerkern in Verbindung setzen, damit sie die in ihr Fach schlagenden Arbeiten für den Neubau übernehmen, würde er also einen Maurer, einen Zimmermeister, einen Dachdecker, einen Töpfer, einen Tapezierer usw. heranziehen, so würde es sich hier überall um Arbeiten an einem Grundstücke handeln.

Um in Kürze eine Nebenbemerkung hier anzubringen, so sei nur auf das Widerspruchsvolle dieser Auffassung hingewiesen, das schon zu Tage tritt in den Beziehungen, in die der Generalunternehmer nach der einen Seite hin zu dem Bauherrn, nach der anderen Seite hin zu dem Bauhandwerker tritt. Letzterem gegenüber kann er Mängel an Arbeiten nur ein Jahr lang geltend machen; er selbst aber muß dem Bauherrn gegenüber fünf Jahre lang die Verantwortung tragen. Aber auch abgesehen hiervon, ist die ganze Unterscheidung recht haltlos, und dies hat auch das Reichsgericht in einem Erkenntnis (Aktenzeichen VI 336/03) anerkannt und in ebenso ausführlicher wie überzeugender Darlegung begründet. Die Sache lag im Streitfalle so, daß der Beklagte an einem Vogelhaus, das in dem Zoologischen Garten in Berlin aufgeführt wurde, die Bedachung herzustellen hatte. Die klägerische Gesellschaft stützt nun auf die Behauptung, daß diese Arbeiten nicht von vertragsmäßiger Beschaffenheit seien, Gegenansprüche, denen der Beklagte den Einwand der Verjährung entgegenhält, indem er ausführt, daß seit der Abnahme der Arbeiten schon mehr als ein Jahr verlossen sei, die klägerischen Ansprüche mithin durch Verjährung erloschen seien, weil die Bedachung eine Arbeit am Grundstücke im Sinne des Gesetzes bedeute. Das Reichsgericht hat diesen Einwand verworfen, weil es die Verjährung als noch nicht beendet erachtet. Es stehe in Rede nicht eine Arbeit an einem Grundstücke sondern an einem Bauwerke, die Verjährungsfrist betrage also fünf Jahre. Wenn das Gesetz für Bauwerke die Verjährungsfrist auf fünf Jahre bemessen hat, so ist es dabei von der zutreffenden Erwägung ausgegangen, daß bei Bauwerken wegen der ganzen Besonderheit, die sich bei ihrer Herstellung zeigt, Mängel oft erst sehr spät erkennbar werden; der Besteller würde also vielfach schutzlos sein, wenn er seinen Anspruch nicht noch nach einigen Jahren zur Anerkennung bringen dürfte. Die Verjährungsfrist muß deshalb hier eine geräumigere sein als bei anderen Arbeiten an einem Grundstücke, wo die Verhältnisse einfacherer Natur sind. Hält man an dieser Erwägung fest, so vermag man nicht einzusehen, wie ein Unterschied begründet sein soll zwischen der Übernahme der gesamten Arbeiten, die ein Bauwerk erfordert und der Beschränkung auf einen Teil dieser Arbeiten. Wenn der Beklagte sich dazu verpflichtet gehabt hätte, das ganze Vogelhaus herzustellen, so würden die Fehler in der Bedachung nicht später erkennbar geworden sein, wie jetzt, wo die Bestellung diese Bedachung allein zum

Gegenstand hatte. Alle Arbeiten also, die dazu dienen, ein Gebäude oder einen Bau herzustellen, fallen unter den Begriff „Bauwerk“, mögen sie auch nur einen Teil dieses Gebäudes, und selbst einen verhältnismäßig nicht wichtigen, herstellen. Das also, was mit dem Gebäude an sich nichts zu tun hat, kann Gegenstand von Arbeiten an Grundstücken sein. Dr. Bd.

Bücherschau.

Schlesische Heimats-Blätter. Zeitschrift für schlesische Volkskunde. Herausgegeben von Dr. Otto Reier in Hirschberg Schl.

Inhalt des 1. Märzheftes: H. Hoppe, Unterm Mühlrad. Prof. Dr. H. Nentwig, Französische Offiziers-Briefe aus Schlesien 1870. H. H. Borchardt, Dichter und Denker in Schlesien. H. Tichy, Schreiberhauer Glasindustrie. Über die Katharinenkirche in Breslau. Prof. Dr. H. Nentwig, Literarische Rundschau. Heimatschau. Bilder.

Inhalt des 2. März-Heftes: H. Hoppe, Unterm Mühlrad. H. Tichy, Schreiberhauer Glasindustrie. G. W. Prollius, Kunstgewerbemuseum. M. Brethfeld, Acht Wochen nach Weihnachten. W. Patschovsky, Rübzenhalsagen. Fhr. v. Seherr-Thoß, Aus alten Akten. B. Lessenthin, Die Fluggrundbauden u. a. m.

Deutsche Konkurrenzen. Herausgegeben von Prof. A. Neumeister in Karlsruhe, Verlegt bei Seemann & Co. in Leipzig. Bd. XXII, Heft 8/9, Nr. 260/61.

Wohn- und Logierhäuser für die Bäder Landeck und Reinerz. 11 Entwürfe für ein Einfamilienhaus zu 10—12000 M., 3 Entwürfe für ein Wohnhaus zu 20000 M., 2 Entwürfe für ein Logierhaus mit gemeinsamem Speisesaal, 2 desgl. für ein Logierhaus mit Einzelküchen und 3 Entwürfe für ein eingebautes Wohn- und Geschäftshaus. — Zusammen 62 Tafeln, darunter 6 farbige oder besser gesagt „bunt gemachte“ mit schauderhaftester Farbenzusammenstellung. Es ist erstaunlich, daß Baukünstler, die in ihren Entwürfen das feinste Gefühl für die körperlichen Massen- und Raumverhältnisse offenbaren, zur bildlichen Wiedergabe ihrer Gedanken, oft die rohesten Mittel zu Lieben scheinen und namentlich bei farbigen Darstellungen Bilder hinstellen, die lebhaft an die Kunstleistungen des kleinen Moritz erinnern, als er mit seiner ersten Hose auch den Tuschkasten bekam und Neuprappier Bilderbogen anstrich.

Handelsteil.

Firmen-Register.

Aufgehobene Konkurse: Königshütte. Tischlermstr. Heinrich Grabowsky, Neu-Heiduck. Posen. Schlossermeister Anton Markowski und Andreas Linke, in nicht eingetragene Firma Markowski & Linke in Posen.

Eröffnete Konkurse.

A. = Anmeldefrist, G. = Gläubigerversammlung, P. = Prüfungstermin. Flatow. Maurer- und Zimmermeister Erdmann Metzke in Krojanke. A.: 11. April 08. G.: 14. April 08. P.: 6. Mai 08. Tilsit. Tischlermstr. Emil Krenkus in Gumbinnen. A.: 8. April 08. G.: 10. April 08. P.: 10. April 08.

Tilsit. Bauunternehmer Hermann Pollack in Heinrichswalde. A.: 1. Mai 08. G.: 13. April 08. P.: 18. Mai 08.

Zwangsvorstellungen.

Maschinen techniker Georg Riedel, Breslau, Augustastr. 136/138	22. 5. 08
Glasermeister Jakob Lester, Brieg, Paulauerstr.	13. 5. 08
Bauunternehmer Robert Peukert Deichsaul, Amtsgter. Steinau	11. 5. 08
Tischlermstr. Gustav Werner, Nieder-Hermsdorf, Amtsgter. Waldenburg	27. 5. 08
Klempnermstr. Julius Langer, Nieder-Hermsdorf, Waldenburg, Scharnhorststraße	3. 6. 08
Schmiedemstr. Paul Welzel, Ober-Groß-Hartmannsdorf, Amtsgter. Bunzlau	15. 5. 08
Verheirat. Bauunternehmer Ida Werner, Weißwasser O.-L., Amtsgter. Muskau	13. 5. 08
Bauunternehmer Josef Baszock, Ellguth, Amtsgter. Rybnik O.-S.	7. 5. 08
Tischlermstr. Theodor Dozick, Nieder-Marklowitz, Amtsgter. Loslau	19. 5. 08
Tischlermstr. Simplicius Deregowsky, Schroda	19. 5. 08
Tischlermstr. Franz Isekelt, Danzig-Langfuhr, Hertastr. 16	25. 5. 08
Bauunternehmer Carl Grütz, Elbing, Gr. Zehlenstraße 14	25. 5. 08
Tischlermstr. Rudolf Post, Pödejuh, Amtsgter. Stettin	4. 6. 08
Maurermeister Wilhelm Gudell, Stettin, Godzlow	23. 5. 08
Dachdeckermeister Robert Kinze, Kottbus, Görlietzerstr. 4	7. 5. 08
Bauunternehmer Heiner Hujahn, Friedeberg i./Nm.	5. 6. 08

Hinweis. Der heutigen Auflage ist eine Beilage über Hauswasser- und Heizungsanlagen mit Luftdruck ohne Hochversorger der Firma Paul Grice, Berlin SO. 16, Köpenickerstraße 44, beigelegt, auf welche wir unsere Leser besonders aufmerksam machen.